

Lale Akgün

Leitkultur durch die Hintertür

Selten hat ein Parteitagebeschluss für so viel Aufregung gesorgt, wie die auf dem CDU-Parteitag Anfang Dezember in Stuttgart beschlossene Aufnahme der deutschen Sprache ins Grundgesetz. Doch die deutsche Sprache muss nicht gerettet werden – sie ist vital genug.

Lale Akgün

(* 1953) SPD-MdB, ist Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union. Im Krüger Verlag erschien im Oktober: *Tante Semra im Leberkäse-land: Geschichte aus meiner türkisch-deutschen Familie.*

lale.akguen@bundestag.de

Die aufkommende Sozialdemokratie mochte der alte Dubslav von Stechlin genauso wenig wie die »Namensmanscherei«, und das fing schon bei ihm selbst an: Seine Mutter, eine Pommersche, hatte ihm den pommerschen Namen Dubslav gegeben, obwohl er doch ein Märkischer war. »Was ein Märkischer ist, der muss Joachim heißen oder Woldemar. Bleib im Land und taufe dich redlich. Wer aus Friesack is', darf nicht Raoul heißen.«

Theodor Fontane führt in seinem Alterswerk *Der Stechlin* an der Figur des Dubslav vorzüglich jenen Typus alten Landadels vor, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts langsam aber sicher ausstarb: stramm am Bestehenden festhaltend, wenig bis gar nicht beweglich und so offen für Neuerungen wie ein nordkoreanischer Betonkopf. Am augenfälligsten wird Dubslavs Konservatismus, wann immer er sprachliche Einflüsse von außen kritisiert. Das Französische – die Sprache, die auch an den Höfen gesprochen wurde – schien ihm noch annehmbar und charmant, das Englische jedoch war ihm ein Dorn im Gehörgang.

Vor Kurzem hat die CDU den alten Dubslav wieder aus der märkischen Motenkiste geholt. Deutsch solle ins Grundgesetz, so will es der Landesverband Saar, der sich mit diesem Antrag auf dem Bundesparteitag gegen die Kanzlerin und ihren Generalsekretär durchgesetzt hat. Kurz nachdem Ronald Pofalla empfohlen hatte, den Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen, stürmte der saarländische Ministerpräsident Peter Müller zum Rednerpult, um fürs Deutsche im Grundgesetz zu werben. Eigentlich kein drängendes Problem, das einer Lösung harrt, sollte man meinen. Peter Müller jedoch befindet sich im Wahlkampf für die nächste Landtagswahl 2009, und er sieht sich wohl zwischen seinen Herausforderern Heiko Maas und Oskar Lafontaine in der Zange. Ein bisschen Sprachpatriotismus schien ihm da hilfreich.

Warum eigentlich nicht? Schon Anfang Juli 2008 hatten der *Verein Deutsche Sprache* und der *Verein für Deutsche Kulturbeziehungen* im Ausland eine gemeinsame Unterschriftenaktion gestartet, den Artikel 22 im Grundgesetz, der bislang die Farbe der Bundesflagge regelt, um einen Passus zu erweitern: »Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch«. Klares Vorbild ist Frankreich, das wie weitere 16 EU-Staaten die Sprache in der Verfassung erwähnt – freilich im Falle Frankreichs mit besonderem Nachdruck, schließlich wacht die *Académie Française* schon seit 1635 über die

Reinheit des Französischen. Der Präsident des Deutschen Bundestags, Norbert Lammert, hat sich auch für die Grundgesetzänderung ausgesprochen. Warum also nicht?

Weil vor der Frage »Warum also nicht?« eine andere Frage steht: Warum eigentlich? Ist der Verfassungsrang für die deutsche Sprache überlebensnotwendig? Der wissenschaftliche Dienst seines Hauses, des Bundestags, widerspricht Lammert vorsichtig: Die überwiegende Auffassung der rechtswissenschaftlichen Literatur gehe davon aus, »dass die deutsche Sprache bereits jetzt Verfassungsrang« habe. Das Grundgesetz legitimiere sich durch »das deutsche Volk«, es statuiere eine »Bundesrepublik Deutschland« und sichere die »deutsche Staatsangehörigkeit«. Nicht zuletzt sei »die Sprache des Grundgesetzes selbst Deutsch«. Zudem stehe Deutsch in einfachen Gesetzen, wie jenen für gerichtliche Verfahren oder Verwaltungsverfahren.

Bestandsschutz nicht notwendig

Deutsch im Grundgesetz ist wohl kaum schädlich, zumindest aber überflüssig wie ein Kropf. Die Befürworter des Vorschlages reklamieren einen »schleichenden Bedeutungsverlust« der Sprache (*Verein Deutsche Sprache*), alleine gibt es hierfür kaum Indizien: Nach Schätzungen sprechen heute rund 100 Millionen Menschen Deutsch als Muttersprache, darunter natürlich in Deutschland, Österreich, der Schweiz, in Luxemburg, Liechtenstein, Italien (Südtirol), aber auch in Rumänien, Argentinien, Australien, Frankreich (Elsass-Lothringen), Brasilien, Russland und den USA. 18 Prozent der EU-Bürger unterhalten sich in ihrer Muttersprache Deutsch – das ist der Spitzenplatz vor Französisch und Englisch. Als Fremdsprache wird Deutsch am zweithäufigsten nach Englisch und gleichauf mit Französisch gesprochen.

Zwar verliert die deutsche Sprache in Ländern wie Frankreich und den USA ge-

genüber dem Spanischen an Boden. Dafür lernen viele Slowaken, Ungarn, Tschechen und Russen Deutsch, ja im Osten ist Deutsch als Fremdsprache sehr beliebt. Nach Englisch ist Deutsch die im Internet am meisten verbreitete Sprache, gefolgt von Französisch, Japanisch, Spanisch und Chinesisch. Ein Blick auf die Startseite von *Wikipedia* verrät: gut 2,6 Millionen Seiten des Amateur-Lexikons sind in englischer Sprache, gefolgt von 832.000 deutschsprachigen Seiten und 733.000 französischen.

Von der Notwendigkeit eines Bestandsschutzes kann also keine Rede sein, gleichwohl damit noch nichts über die Qualität der Sprache ausgedrückt ist: Natürlich ist gerade im Internet oftmals ein Deutsch gebräuchlich, das in Sachen Stil, Orthografie und Interpunktion nur schwer erträglich ist. Im Fernsehen und Journalismus, vor allem im Boulevard, wird teilweise ein Stil

gepflegt, der Prägnanz mit bloßer Kürze und Wortschatzarmut verwechselt. Und wie schon zu Dubslav von Stechlins Zeiten, fällt hierbei natürlich die Jugendsprache besonders negativ auf.

Nach den Irrungen und Wirrungen der 90er Jahre bis in unsere Tage, jeden Hausmeister plötzlich und ohne Not *Facility Manager* zu nennen, hat die Öffentlichkeit ein größeres Gespür für unnötig-lächerliche Anglizismen entwickelt. An dieser Sensibilisierung haben Vereine, wie jener für die Deutsche Sprache, einen verdienten Anteil, aber auch einzelne Publizisten wie Bastian Sick (*Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod*) oder Wolf Schneider (*Speak German – Warum Deutsch manchmal besser ist*). Derlei Mahner stoßen die Selbstheilungskräfte einer ansonsten vitalen Sprache gelegentlich an, und das Deutsche ist vital: Der hiesige Tageszeitungsmarkt ist der größte in Westeuropa und der fünftgrößte weltweit. Deutschsprachige Literatur erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit, und französische – und israelische Jugendliche lernen mittlerweile deutsche Liedtexte auswendig, *Tokio Hotel* sei dank.

Man muss auch nicht gleich bei jedem Anglizismus den Untergang des Abendlandes ausrufen: Deutsch ist seit jeher eine Sprache in der Mitte Europas, stark beeinflusst durch Latein (»Fenster«, »Kloster«), Griechisch (»Demokratie«, »Philosophie«), Französisch (»Boulevard«), Arabisch (»Algebra«), Slawische Sprachen (»Gurke«), sogar Hindi (»Shampoo«) und natürlich Englisch. Es reicht aus, gegen Imponiergehabe durch Sprachpanscherei zu sensibilisieren: »Voten« statt »wählen« ist derzeit in der Sprache des Jugendsenders *Viva* sehr angesagt, ein unnötiges Duplikat. Aber neudeutsche Begriffe wie »World Wide Web« machen Sinn (Vorsicht: »Sinn machen« ist ein Anglizismus, eigentlich muss es »Sinn haben« heißen), da sie internationale Standards sind, die eine Kommunikation über die Landesgrenzen hinaus ermöglichen. Andere Begriffe sind

einfach geläufiger als die urdeutschen: »Telefon« ist doch »Fernsprecher« vorzuziehen, oder? Im Übrigen hat selbst der *Verein Deutsche Sprache* nichts gegen Anglizismen, wie »fair« oder »Interview«. Warum eigentlich nicht? Man könnte doch statt »fair« einfach »gerecht« sagen und statt »Interview« »Gespräch« – das wäre wohl doch nicht dasselbe.

Wie man unvernünftig mit der eigenen Sprache umgeht, zeigen uns aktuell auch einige osteuropäische Länder: In der Slowakei steht der Gebrauch eines »unsauberen Slowakisch« neuerdings unter Strafe, und einige befürchten, die Regierung könne in Zukunft die Medien ethnischer Minderheiten wegen »schlechter Sprache« zensieren. Übertriebenen Sprachstalinismus kann man auch im ehemaligen Jugoslawien entdecken. In Kroatien beispielsweise merzt man Fremdwörter per Gesetz aus, so dass der Helikopter mittlerweile, sinngemäß übersetzt, »Drehantriebsflugmaschine« heißt – na gut, wer dann glücklicher ist ...

Sowohl das Grundgesetz (Artikel 3: »Niemand darf wegen ... seiner Sprache ... benachteiligt oder bevorzugt werden«) als auch europäische Regelungen sehen im Übrigen schon lange den Schutz von Minderheitensprachen vor: Die Länder Schleswig-Holstein und Brandenburg schützen beispielsweise die Sprachen ihrer Minderheiten, der Dänen und Sorben. Gerade in der Europäischen Union ist es wichtig, den kleinen Volksgruppen und Nationen bei der Erhaltung ihrer Sprachen zu helfen – das schützt Identitäten und kommt zuletzt der Akzeptanz einer immer größer werdenden Europäischen Union zugute. Eine Grundgesetzänderung um ein weiteres Staatsziel ist dann sinnvoll, wenn – wie beim Tier- und Umweltschutz in Artikel 20a, die 1994 und 2002 hinzugefügt wurden – eine für Deutschland lebenswichtige Grundlage bedroht ist. Das kann man von der deutschen Sprache ernsthaft nicht behaupten.

Man darf sich allerdings schon fragen, warum Deutsch eine von 23 Amtssprachen

der EU und eine von drei Arbeitssprachen ist, in der täglichen Arbeit der Kommissionsdienststellen de facto jedoch Englisch und Französisch dominieren. Zur Erinnerung: Deutsch ist die am meisten gesprochene Muttersprache innerhalb der Europäischen Union.

Diese Frage wird von einer Grundgesetzänderung, die das Deutsche verbindlich in die Verfassung schreibt, aber überhaupt

nicht angepackt. Der CDU-Vorschlag ist vielmehr der Versuch, die gescheiterte Leitkulturdebatte durch die Hintertür wieder einzulassen. Vielleicht ist vor diesem Hintergrund demnächst auch eine weitere Initiative der CDU zu erwarten: Sauerbraten mit Klößen ins Grundgesetz! Oder das Neuzeller Brauersteak mit Schwarzbier-Backobstsauce! Dubslav von Stechlin wäre begeistert.

Wolfgang Thierse

Das Staatsziel Kultur gehört ins Grundgesetz – mitsamt der deutschen Sprache

Muss das denn sein? Die CDU hat auf ihrem Parteitag in einem Antrag beschlossen, das Grundgesetz im Artikel 22 zu ergänzen um den Satz: »Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch«. Die Aufregung ist seither groß. Der Vorschlag sei überflüssig und lächerlich, sagen die Einen und die Anderen sagen, er sei integrations- und ausländerfeindlich, grenze an Nationalismus. Der sozialdemokratische Bundestagsvizepräsident widerspricht entschieden.

In einem Leserbrief in der *Frankfurter Rundschau* hieß es: »Der Vorschlag ist eine populistische Verbeugung vor den Rechtsradikalen und selbst schon ein kleiner Schritt zur Mobilisierung von Ausländerfeindlichkeit«. In der CDU selbst ist der Vorschlag umstritten, nicht wenige Sozialdemokraten und Grüne haben schon scharf ablehnend reagiert. Die Aussichten seiner Verwirklichung sind also gering. Wieder einmal ein Sturm im Wasserglas, eine typisch deutsche hysterische Debatte? Muss das alles sein?

Eigentlich nicht. Und es gibt gegenwärtig wahrlich Wichtigeres zu tun, selbstverständlich. Fanatischer Eifer will sich bei mir partout nicht einstellen, eher schon irritiertes Erstaunen. Denn das bestreitet doch niemand ernsthaft: Deutsch ist das selbstverständliche Verständigungsmittel der hier im Land Lebenden, jedenfalls ihrer großen Mehrheit. Bestandsschutz für unsere Sprache erscheint ganz offensicht-

Wolfgang Thierse

(* 1943) war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2005 ist er Vize-Präsident. Er ist zudem Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission sowie des Kulturforums der Sozialdemokratie.

wolfgang.thierse@bundestag.de

lich nicht nötig. Deutsch ist, per Gesetz festgelegt, die Amts- und Gerichtssprache der Bundesrepublik Deutschland. Eine Grundgesetzergänzung einer Selbstverständlichkeit wegen – das muss nicht sein. Aber darf das auch nicht sein?

Allerdings: Nach vielen Umfragen der vergangenen Jahre sind Dreiviertel der Deutschen genau dafür! Und der Blick in die Nachbarländer lehrt: 19 europäische Staaten haben ihre Sprache in der Verfassung verankert, die anderen drei deutschsprachigen Länder auch (die Türkei übrigens ebenso, daran seien diejenigen türkischstämmigen Kritiker erinnert, die wie-